

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	VII
Vorwort	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Autorenverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis/Internetquellen	XXIII
Kapitel 1 Anforderungen an eine gute Qualität einer Regelung	1
I. Einleitung.	1
II. Bedeutung der Rechtsetzungsqualität	2
III. Erscheinungsformen und Ursachen unnötiger Bürokratie.	3
1. Erscheinungsformen.	3
2. Ursachen unnötiger Bürokratie	4
IV. Qualitätsmerkmale im Einzelnen	5
1. Beschreibung des Regelungsziels	5
2. Notwendigkeit der Regelung	7
3. Primat der niedrigsten Regelungsstufen	10
4. Verständlichkeit	12
5. Verhältnismäßigkeit und Wirtschaftlichkeit	12
6. Widerspruchsfreiheit der Regelung	13
7. Systemgerechtigkeit und -verträglichkeit einer Regelung	13
8. Konzentration der Regelung	14
9. Praktische Wirksamkeit einer Rechtsnorm	14
10. Befristungen	18
11. Evaluierungsklausel	19
12. Richtiger Zeitpunkt des Inkrafttretens	19
13. Begrenzung der Zahl der Verwaltungsvorschriften	21
14. Digitales medienbruchfreies Verwaltungsverfahren	21
15. Aufwandsschonende Verwaltungsverfahren	23

V.	Regelungsfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsprüfung	26
VI.	Checkliste der Prüfkriterien	27
Kapitel 2	Allgemeine rechtliche Vorgaben zur Normsetzung .	29
I.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Parlamentsgesetzgebung	29
1.	Parlamentsvorbehalt	29
2.	Gebote der Bestimmtheit und Normenklarheit	30
3.	Verhältnismäßigkeitsgebot	31
4.	Gleichheitsprinzip	32
5.	Spezifische Vorgaben bei Grundrechtseingriffen	34
6.	Anforderungen an Ermächtigungen zu delegierter Rechtsetzung	36
7.	Formell-rechtliche Anforderungen	40
II.	Verfassungsrechtliche Bedeutung allgemeiner Sorgfaltsregeln für die Erarbeitung von Gesetzen	41
1.	Nur verfassungsrechtliche Obliegenheit	41
2.	Ausnahmefälle bestätigen die Regel	43
III.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für untergesetzliche Normsetzung	44
1.	Generell	44
2.	Rechtsverordnungen	44
3.	Satzungen (im Selbstverwaltungsbereich)	45
Kapitel 3	Formalia, Formulierungs- und Aufbauregeln .	46
I.	Einführung	46
1.	Schwierigkeiten der Redaktionsarbeit	46
2.	Redaktionsarbeit als Handwerk	47
II.	Allgemeines	49
1.	Vorgefundene Regelungsrahmen berücksichtigen	52
2.	Juristische Auslegungsmethoden	54
3.	Der Blick in den Baukasten der Gesetzgebung: Gebot, Verbot, Erlaubnis und Freistellung	55
4.	Der Regelungsentwurf	58
III.	Formulieren eines Stammgesetzes	61
IV.	Formulieren eines Änderungsgesetzes	69
1.	Allgemeines	69
2.	Änderungsbefehle	75

V.	Rechtsverordnungen	80
Kapitel 4	Korrekte, klare und verständliche Regelungssprache	83
I.	Bedeutung einer verständlichen Sprache in Recht und Verwaltung	83
1.	Hinführung	83
2.	Verständliche Sprache: Skeptiker und Schwärmer	84
3.	Tipps aus Literatur, Ratgebern und Leitfäden	84
4.	Was sagen das Handbuch der Rechtsförmlichkeit und die VwV-Regelungen?	86
5.	Der Weg ist das Ziel	87
II.	Sprache in der Rechtsetzung als Teil vom Bürokratieabbau	87
III.	Verständliche Sprache: Eine Frage der Haltung?	90
1.	Unmittelbare Verhaltenssteuerung durch Rechtsvorschriften	90
2.	Kommunikations-/Konversationsmodelle	90
3.	Interaktion zwischen Text und adressierter Person	91
IV.	Handwerkszeug Sprache	93
1.	Kernbotschaften: Handbuch der Rechtsförmlichkeit	93
2.	Interdisziplinäre Ansätze, Sprache verständlicher zu machen	98
3.	Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Beispiele als Gedankenanstoß	99
V.	Verständliche Sprache und Texte: Softwareunterstützung	102
VI.	Fazit	103
Kapitel 5	Berechnung des Erfüllungsaufwands	106
I.	Das Standardkosten-Modell	106
1.	Etablierung des Standardkosten-Modells in Deutschland	106
2.	Der Erfüllungsaufwand	107
3.	Landespezifische Weiterentwicklung in Baden-Württemberg	111
II.	Spezifische Berechnungsregelungen in Baden-Württemberg	113
1.	Ausnahmen von der Berechnungs- und Darstellungspflicht des Erfüllungsaufwands	113
2.	Unmittelbare und mittelbare Folgen	118
3.	Annahme des rechtmäßigen Verhaltens	118
4.	Jährlicher und einmaliger Erfüllungsaufwand	118

5. Belastungen und Entlastungen	119
6. Sowieso-Kosten	120
7. Stamm- und Änderungsgesetze	120
8. Kann- und Mussvorschriften	121
9. Gebühren	121
10. Abgrenzung der Normadressatengruppen Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger sowie Landes- und Kommunal- verwaltung.	122
11. Form der Darstellung des Erfüllungsaufwands	124
Kapitel 6 Verfahrensvorgaben auf Landesebene	128
I. Vorbemerkungen.	128
II. Ressortinternes Verfahren.	130
1. Prüfung des Regelungsbedarfs.	130
2. Erstellung des Referentenentwurfs.	131
III. Beteiligung innerhalb der Landesverwaltung, des Normen- kontrollrates BW und des Normenprüfungsausschusses	134
1. Beteiligung anderer Ministerien	134
2. Nachrichtliche Beteiligung des Normenkontrollrats BW	134
3. Beteiligung des Normenprüfungsausschusses	135
IV. Beteiligung außerhalb der Landesverwaltung, Anhörung, Beteiligungsportal	136
1. Identifikation der Anhörungspflichten.	136
2. Erfüllung von Anhörungspflichten	139
V. Beteiligung des Normenkontrollrates BW und Gegenäußerung der Landesregierung	140
1. Voraussetzungen einer obligatorischen Beteiligung des NKR BW	140
2. Prüfungsgegenstand und -maßstab des NKR BW	141
3. Beteiligungszeitpunkt und Prüfungsfristen.	141
4. Beteiligungs durchführung, Fortsetzung des Verfahrens	144
VI. Kabinettsvorlagen, Regierungsentwürfe.	144
VII. Veröffentlichung, Verzeichnisse und Weiterleitung von Rege- lungsentwürfen an das Statistische Landesamt.	146
1. Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen	146
2. Bekanntmachung von Verwaltungsvorschriften und inner- dienstlichen Anordnungen	147
3. Bekanntmachungsverzeichnis	149

4. Stabsstelle zur Messung des Erfüllungsaufwandes beim Statistischen Landesamt	149
VIII. Typischer Verfahrensablauf für die Erstellung eines Gesetzentwurfs	150
Kapitel 7 Kommunale Satzungen und anderes Ortsrecht	153
I. Einführung	153
1. Was dieses Kapitel kann (und was nicht)	153
2. Was zum Ortsrecht gehört (und was nicht)	154
3. Welche Vorgaben verbindlich sind (und welche nicht)	154
II. Herangehensweise	155
1. Vorüberlegung in drei Schritten	156
2. Erlass einer neuen Norm	158
3. Änderung oder Neuerlass einer bestehenden Norm	163
4. Aufhebung einer bestehenden Norm	166
5. Sonderfälle	168
III. Was macht gutes Ortsrecht aus?	170
1. Der richtige Rahmen	170
2. Die richtigen Formulierungen	175
3. Der richtige Inhalt	176
4. Die richtige Umsetzung	185
5. Die richtige Pflege	197
IV. Einzelthemen: Wie verhält es sich eigentlich mit...?.	200
1. Fehlerhafte öffentliche Bekanntmachung	200
2. Heilung von Verfahrens- oder Formfehlern	201
3. Rückwirkendes Inkrafttreten	202
4. (Teil-)Nichtigkeit	204
5. Ordnungswidrigkeiten-Tatbestände	204
6. Haftungsbeschränkungen	206
Kapitel 8 Instrumente zur Qualitätssicherung von Regelungen	207
I. Normenkontrollrat Baden-Württemberg	207
1. Bedeutung und Hintergrund	207
2. Regierungsauftrag	207
3. Mitglieder des Normenkontrollrats Baden-Württemberg	208
4. Rolle und Selbstverständnis	209
5. Arbeitsweise	210

II.	Exekutivinstrumente auf der Leitungsebene	211
1.	Koordinator der Landesregierung für Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung	211
2.	Amtschef-Ausschuss für Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung	212
III.	Normenprüfungsausschuss Baden-Württemberg	212
IV.	Evaluationen	214
1.	Begriff	214
2.	Inhaltliche und formale Anforderungen	214
3.	Ausblick	215
	Stichwortverzeichnis	217